



„Josef Martinz hat den Weg freigemacht“, dankte ÖVP-Chef Josef Pröll (re.) seinem Kärntner Landesparteichef (li.). [APA]

„Notfalls ohne FPK“ – ÖVP trägt Ostermayers Ortstafel-Linie mit

Parteivorstand. Vizekanzler Josef Pröll will in Kärnten jetzt „Nägel mit Köpfen“ machen. Landesparteichef Josef Martinz glaubt an eine Lösung bis Ostern 2011.

VON THOMAS PRIOR UND OLIVER PINK

[WIEN] „Josef Martinz hat den Weg freigemacht. Wir wollen jetzt Nägel mit Köpfen machen“, sagte Josef Pröll nach dem gestrigen ÖVP-Bundesparteivorstand. Der Kärntner ÖVP-Chef Martinz hatte zuletzt auf einer Ortstafellösung auf Basis des (letztlich gescheiterten) Schlüssel-Haider-Papiers von 2006 im Konsens mit der Kärntner Landeshauptmannpartei FPK beharrt.

Das Schlüssel-Haider-Papier halte man nach wie vor für einen guten Ansatz – ohne sich auf konkrete Zahlen festlegen zu wollen – und ebenso suche man weiter den Konsens mit den Slowenen- und Heimatverbänden sowie der regierenden FPK. Aber, so Pröll und Martinz unisono: Eine Lösung könne es „notfalls auch ohne FPK“ geben. Kanzler Werner Faymann wurde aufgefordert, mit Nachdruck an einer Lösung bis 2012 zu arbeiten. Martinz stellte in den Raum, dass es bereits bis Ostern 2011 eine solche Lösung geben könnte. „Unser heutiger Beschluss ist ein klares Signal der Beschleunigung“, sagte Pröll.

In Josef Ostermayers Staatssekretariat im Kanzleramt ist man vorsichtig optimistisch. „Wir hatten bisher eine gute Gesprächsbasis mit Josef Martinz. Insgesamt habe ich derzeit einen guten Eindruck, wir machen Fortschritte und können aus heutiger Sicht bis zum Jahr 2012 eine Einigung erreichen“, so Ostermayer.

Der SPÖ-Staatssekretär leitet im Auftrag von Kanzler Faymann die Ortstafel-Verhandlungen. Nach mehreren Gesprächsrunden mit Vertretern der Kärntner Parteien, der Slowenen- und Heimatverbände kristallisierte sich eine – nun auch von der ÖVP mitgetragene Lösungsvariante – heraus: Im Parlament soll mit Verfassungsmehrheit eine Liste von 141 bis 163 Orten mit zweisprachigen Ortstafeln beschlossen und damit auch der Vorgabe des Verfassungsgerichtshofs Genüge getan werden. Wer für eine solche Verfassungsmehrheit im Parlament zur Verfügung stehen würde? Eventuell die Grünen, sagte Pröll.

Es soll dabei folgende Richtschnur gelten: Ortschaften mit

mehr als zehn Prozent slowenischsprachiger Bevölkerung – und zwar in Gemeinden mit mehr als 15 Prozent slowenischsprachiger Bevölkerung – sollen eine zweisprachige Ortstafel bekommen.

Eine Minderheitenfeststellung ist nicht vorgesehen. Als Basis soll die Volkszählung dienen. Auch eine „Öffnungsklausel“ – sie würde in Zukunft weitere Tafeln bei steigendem slowenischen Bevölkerungsanteil vorsehen – dürfte es nicht geben. Ersteres ist ein Wunsch des FPK-Chefs Uwe Scheuch, Zweiteres ein Wunsch der Slowenenvertreter.

ÖVP-Bildungspapier im Jänner

Auch auf die Debatte um das ÖVP-Bildungspapier ging Parteichef Pröll ein: Dieses werde voraussichtlich im Jänner 2011 präsentiert werden. Die drei zentralen Punkte für ihn seien: die sprachlichen Fähigkeiten, die (innere) Differenzierung und die Leistung. Und er fügte hinzu: „Ich kann das plumpe Stichwort Gemeinsame Schule der Zehn- bis 14-Jährigen nicht mehr hören.“